

# Japans Ansatz zur Friedensförderung

Japans Ansatz in der Friedensförderung weist unterschiedliche Merkmale auf, die eine langfristige Entwicklung sicherstellen, um vom Krieg zerrissenen Gesellschaften greifbare Friedensdividenden zu geben. Die Bemühungen werden an lokale Kontexte angepasst mit einer finanziellen Verpflichtung zur gemeinsamen Schaffung gesellschaftlicher Werte durch Dialog.

Von Katrina Abatis

Konflikte werden immer komplexer durch die zunehmende Internationalisierung, der Zersplitterung von Konfliktparteien, neuen Technologien und der Krise des Multilateralismus. Bei jährlich wachsenden Rüstungsausgaben, die im Jahr 2023 auf 2,443 Billionen USD weltweit angestiegen sind, wird eine Deeskalation mit friedlichen Mitteln häufig harten Sicherheitsprioritäten untergeordnet. Angesichts neuer Bedrohungen ist es an der Zeit, unterschiedliche Antworten zur Überwindung von Konflikten in Betracht zu ziehen – nicht nur militärische Aktionen – und die derzeitigen Werkzeuge zur Friedensförderung zu überprüfen oder anzupassen. Bei der Friedensförderung auf weniger prominente Akteure wie Japan zu setzen, kann festgefahrene Diskussionen über die Förderung des Friedens innovative Ideen und Energie bringen.

Eine wachsende Anzahl an Akteuren stellt derzeit eine Reihe vorausgesetzter universeller liberaler Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit infrage, die in multilateralen Institutionen wie der UNO verankert sind. Diese Konzepte, die in zunehmendem Masse mit Zentren westlichen Einflusses auf die Friedenspolitik in Verbindung gebracht werden, werden beschädigt durch die Wahrnehmung, dass westliche Staaten die Normen nicht einhalten, die sie einzuhalten vorgeben. Die Bezeichnung «westlich» ist folglich bei ge-



Eine Frau hält eine Papierlaterne zum Gedenken an die Atombombenopfer am Jahrestag des Atombombenabwurfs in Hiroshima am 6. August 2023. *Kyodo / via Reuters*

wissen Konfliktparteien zu einem Grund für Zweifel an der Glaubwürdigkeit Dritter geworden, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen Israel und der Hamas. Türkiye und China haben dieses Argument genutzt, um ihre eigenen Profile als Vermittler zu stärken und sich als alternative Optionen zu positionieren. Staaten mit einer langen Tradition friedensorientierter Aussenpolitik wie die Schweiz und Norwegen möchten mehr lernen und mit diesen neuen Friedensakteuren in Kontakt kommen. Dabei wird Ja-

pan als Beispiel häufig übersehen. Zwar hat sich Tokio zuletzt stärker auf die NATO zubewegt und ist traditionell ein überzeugter Verteidiger der liberalen internationalen Ordnung, doch ist das Land eine nicht-westliche Nation, die multilaterale Strukturen und Normen auf einzigartige Weise projiziert.

## Friedensidentität

Japans derzeitige Haltung zum Frieden ist stark von seinem historischen Erbe als Kriegspartei im Zweiten Weltkrieg ge-

prägt. Nach 1945 hat Japan in seiner Verfassung ([Artikel Neun](#)) auf zukünftige militärische Aktionen sowie auf das Recht, seine Streitkräfte (offizielle japanische Bezeichnung: Selbstverteidigungsstreitkräfte) zur Beilegung internationaler Konflikte einzusetzen, verzichtet. Seit den 1950er-Jahren haben japanische Politikerinnen und Politiker wiederholt über beide Punkte von genanntem Artikel Neun diskutiert: Zum Beispiel über den Einsatz der Selbstverteidigungsstreitkräfte sowie über die grundlegende Existenz des besagten Artikels angesichts der sich zunehmend verschlechternden Sicherheitslage.

Japans geografische Lage – unweit regelmässiger nordkoreanischer Raketentests und Russlands, das sich im Krieg mit der Ukraine befindet – verstärkt die Sicherheitsängste der japanischen Gesellschaft zusätzlich. Das schwierige Verhältnis zu China sowie Tokios enge aussenpolitische Verknüpfung mit den USA stellt die politische Führung Tokios permanent vor geopolitische Herausforderungen. 2023 hatte Japan Verteidigungsausgaben in Höhe [50,2 Milliarden USD](#) und liegt damit weltweit auf Rang zehn.

Innerhalb der japanischen Bevölkerung gibt es eine [grosse Unterstützung für Friedensaktivitäten](#), was zu dem Gefühl beiträgt, dass Frieden Teil einer nationalen Identität ist. Friedensförderung ist seit [2003](#) eine Säule der japanischen Aussenpolitik. Aufgrund des Horrors, den die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki durch die amerikanischen Nuklearwaffeneinsätze 1945 erleben musste, ist Japan zu einem überzeugten Verfechter von atomarer Abrüstung und Nonproliferation geworden und hat sich für [Friedenserziehung](#) im Zusammenhang mit den Realitäten eines Atomkriegs eingesetzt.

Japan hat bei der [Unterstützung von Vermittlung und Dialog](#) nicht aktiv eine Drittpartei-Rolle angestrebt, sondern hauptsächlich wirtschaftliche Hebel zur Friedensschaffung genutzt. Diese konzentrieren sich auf die Beiträge des Landes an UN-Organisationen sowie zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Die Japanische Behörde für Internationale Zusammenarbeit (JICA), eine Regierungsstelle, spielt eine führende Rolle bei der Verwaltung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit Japans für seine Aktivitäten im Bereich der Friedensschaffung. Für Post-Konflikt-Länder ist Japans Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre ein inspirierendes und nachahmenswertes Bei-

spiel. Das verleiht Tokio Glaubwürdigkeit, wenn es wirtschaftliche Entwicklung nach Einstellung von Kämpfen verspricht.

Diese Analyse beschreibt fünf Aspekte der aktuellen japanischen Friedenspolitik: Das Land setzt einen starken Fokus auf Entwicklung, arbeitet an langfristigen Finanzierungsmodellen, ist regierungszentriert, verfolgt einen indirekten Ansatz und nutzt aktiv seine UN-Verbindungen. Japan hat sich bei zahlreichen Konflikten wie unter anderem in Aceh, Afghanistan, Osttimor, Myanmar, dem Südsudan und Sri Lanka an Friedensaktivitäten beteiligt. Die vorliegende Analyse stützt sich auf zwei Fallstudien aus Kambodscha und den Philippinen (Mindanao) als konkrete Beispiele. Sie zeigen Japans profundes politisches Engagement und die dadurch umfassende Rolle als Drittpartei.

### Fallstudien

Der Fall Kambodschas ist die erste Gelegenheit nach 1945, bei der Japan eine politisch aktive Rolle in der Friedensschaffung anstrebte. Von den 1970ern bis in die 90er forderte der Konflikt in Kambodscha Hunderttausende Todesopfer. Das japanische Kabinett fand zu einem Konsens und mobilisierte Teile der Selbstverteidigungsstreitkräfte sowie weitere Kräfte, die eine friedliche Transition unterstützen sollten. Japan richtete eine Konferenz aus, auf der militärische Themen behandelt und eine politische Einigung angestrebt wurde. Darüber hinaus versuchte Tokio im Rahmender UNO Einfluss zu nehmen, um eine Teilnahme an der abschliessenden politischen Einigung in Paris zu bewirken. Nach einer Aufteilung der Macht in Kambodscha unterstützte Japan den Friedensprozess. Dabei wurde in erster Linie das Aussenministerium (MoFA) für Japans Bemühungen eingesetzt. Das MoFA arbeitete eng mit der UN-Übergangsbehörde in Kambodscha (UNTAC) sowie mit Thailand zusammen. 1997, als das Land in Folge des Bruchs zwischen den Co-Premierminister, Prinz Ranariddh und Hun Sen am Rande eines erneuten Konflikts stand, spielte Japan eine wichtige Rolle bei den Bemühungen, die beiden Entscheidungsträger wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Dadurch wurde der Grundstein für die abschliessenden Wahlen gelegt. Das Beispiel Kambodschas zeigt die Bedeutung einer staatlich gelenkten Initiative durch Japan sowie seiner multilateralen Zusammenarbeit mit der UNO.

Der Konflikt in Mindanao zwischen der philippinischen Regierung und der Natio-

nalen Befreiungsfront der Moros (MILF) dauerte über fünfzig Jahre und hatte den Tod von mehr als 120 000 Menschen zur Folge. Aufgrund der engen Beziehungen Japans zu den Philippinen bat die dortige Regierung Japan 2005, sich am Friedensprozess zu beteiligen. Japan hatte bereits finanzielle Mittel für die Region bereitgestellt, was Tokio Glaubwürdigkeit verschaffte. Als asiatisches und nicht-christliches Land war Japan aus der Warte der MILF ein akzeptabler Ansprechpartner. Tokio akzeptierte die Rolle in dem internationalen Beobachterteam, welches das Waffenstillstandsabkommen überwachen sollte. Als die Kämpfe 2009 erneut ausbrachen, setzte Japan seine Unterstützung unerschütterlich fort und wurde Mitglied der [Internationalen Kontaktgruppe](#) (ICG). Die ICG umfasste ausserdem weitere Staaten und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und stellte ein innovatives Modell für die Koordinierung von Aktivitäten zur Vermittlungsunterstützung dar, das den Parteien half, 2014 zu einem umfassenden Friedensvertrag zu kommen.

### Entwicklungsgeleiteter Frieden

In beiden Beispielen verfolgte Japan einen eindeutig entwicklungsgeleiteten Friedensansatz. Tokio übernahm die Führung bei der Koordinierung der internationalen Entwicklungshilfe für Kambodscha, als die Pariser Friedenskonferenz für Kambodscha 1991 endete. Die frühen 1990er-Jahre markierten einen Höhepunkt hinsichtlich der Möglichkeiten Japans, Wirtschaftshilfe zu leisten. Japan war damals der grösste Geber von Entwicklungshilfe weltweit und [übertraf sogar die USA](#). Japan machte sich während der Kambodscha-Konferenz in Tokio 1992 stark für Entwicklung als Hauptagendapunkt – als Anreiz zum Frieden. Hinter dieser indirekten Herangehensweise stand die Überzeugung, dadurch die Themen Friedensprozess und demokratische Wahlen angehen zu können. Diese Erfahrung verschaffte Japan mehr Vertrauen, Drittpartei-Rollen zu übernehmen.

Wie am Beispiel Mindanaos beschrieben, ist Japan traditionell eines der grosszügigsten Geberländer von Entwicklungshilfe für Staaten, mit denen es gemeinsam am Wiederaufbau nach einem Konflikt arbeitet. Die Japan-Bangsamoro-Initiativen für Wiederaufbau und Entwicklungen ([J-BIRD](#)) begannen 2006 vor einem finalen Friedensvertrag als Methode zur Bereitstellung greifbarer Friedensdividenden für Gemeinschaften durch Entwicklung. Diese Methode war eine Säule der japanischen Friedenspolitik, da die japanische

Regierung die Ansicht vertritt, dass wirtschaftliche Not eine Hauptursache von Konflikten ist.

Japan war in der Lage, im Mindanao-Friedensprozess humanitäre, Friedensförderungs- und Entwicklungszusammenarbeit zu verbinden – und zwar nicht nur durch Finanzierung im Anschluss an die Unterzeichnung eines Friedensvertrags, sondern durch verschiedene Rollen, die Mediation unterstützten: unter anderem als Veranstalter eines Treffens in Narita (Japan) 2011, als Beobachter in der ICG sowie durch Basisarbeit in Absprache mit NGOs. Das Land wählte die Mitarbeitenden aus, die von der JICA an das MoFA abgestellt wurden, und stellte den Austausch von Kompetenz sowie die Kommunikation zwischen den Mitarbeitenden sicher. Darüber hinaus unterhielt Japan auch eine verbundene Zentrale und eine Präsenz vor Ort, sodass der gesamte Prozess von der Teamarbeit profitierte. Das zeigt sich im «Triple-Nexus»-Ansatz, der von der UNO befürwortet wird. Sie koordinierte dabei einen ganzheitlichen Ansatz zwischen humanitärer, Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit.

### Der lange Weg zum Frieden

Aufgrund des japanischen Fokus auf Entwicklung in seiner Friedenspolitik neigt Tokio dazu, eine stärkere Betonung auf Prävention und Wiederaufbau zu legen, als auf die kurzfristigeren Bedürfnisse der Vermittlungsunterstützung zu reagieren. Japan ist häufig an Friedensaktivitäten in Post-Konfliktphasen beteiligt. Dies liegt an dem unterschiedlichen Zeitrahmen der Entwicklungsarbeit im Vergleich zur Vermittlungsunterstützung.

Die JICA hat einen Drei-Jahres-Finanzierungszyklus, doch sie ermutigt zu zweiten oder dritten Phasen, sodass sie insgesamt häufig neun Jahre lang friedensbezogene Projekte finanziert. Die längeren Zeitrahmen resultieren in einer besseren Geschäftsbeziehung und dem Vertrauen, das japanische Projekte nachhaltigere Ergebnisse erzielen.

### Regierungsgeführter Ansatz

Ein Einstiegspunkt für friedensfördernde Aktivitäten ist für Japan historisch die Anfrage einer anderen Regierung zur Mediation. Das politische Selbstverständnis Japans spiegelt seine Techniken für das Friedenserengagement wider. Das Land hat seit der Nachkriegszeit nicht viele Regierungswechsel erlebt. Überwiegend war die Liberaldemokratische Partei (LDP) an der

Macht. Die japanische Regierung neigt dazu, andere Regierungen als vollständig repräsentativ für den jeweiligen Staat anzusehen, und tut sich daher schwer damit, bei ihrer Friedensarbeit mit nicht staatlichen Akteuren wie Streitkräften zusammenzuarbeiten. Im Fall von Mindanao stimmte die philippinische Regierung einer Zusammenarbeit Japans mit der MILF zu. Dies räumte dem Land die Möglichkeit ein, umfassender für den Frieden zu arbeiten. In Kambodscha konnte Japan eine Verbindung zu allen Parteien aufbauen, da unklar war, bei welchem Akteur es sich um die legitime Regierung handelte. Während dem Friedensprozess in Kambodscha stellte Japan auch fest, dass es neben der Arbeit auf offizieller Ebene auch eine koordinierende Rolle der NGOs gibt. Daher wurde eine Abteilung innerhalb des MoFAs eingerichtet, um diese zu nutzen.

Japan verwendet in Anlehnung an die japanischen Steuergesetze den Begriff Non-Profit-Organizations (NPOs) für NGOs. Der Begriff «Nicht-Regierungs-...» hat in Japan keine positive Konnotation, wie es zum Beispiel in den USA oder Grossbritannien der Fall ist, wo Mitarbeitende zwischen Posten bei der Regierung und NGOs hin- und herwechseln und daher die Arbeit beider Bereiche verstehen. NPOs sind finanziell weniger gut ausgestattet als in der Schweiz mit ihrer langen Tradition in humanitären und zivilgesellschaftlichen Engagements. Das schränkt den Umfang der Aktivitäten japanischer NPOs ein und zwingt sie, stärker auf Freiwilligenbasis zu arbeiten. Da es NPOs an finanziellen Mitteln fehlt, gehen oft Wissen und Kompetenzen verloren. Es werden jüngere Mitarbeitende angelockt, die wieder gehen, sobald sie Erfahrung gesammelt haben und einen nächsten Karriereschritt anstreben.

### Ein indirekter Stil

Interne Meinungsverschiedenheiten werden in Japan ausserhalb der formellen Foren geklärt. Das Konzept 根回し (*nemawashi*, wörtlich übersetzt «um die Wurzeln gehen») ist ein Prozess, der in Japan in der Politik, in Unternehmen und Universitäten verwendet wird, um informell eine Grundlage für Verhandlungen zu schaffen. Dabei wird Unterstützung eingeholt und ein Konsens herbeigeführt, bevor ein Prozess vorgeschlagen wird. Dieser Prozess erlaubt es den jüngeren, ihre Ideen den Älteren näherzubringen, ohne respektlos zu erscheinen. Es handelt sich hierbei um ein wichtiges Konzept in der japanischen Gesellschaft. Durch Prozesse wie diesen werden Elemente japanischer Vermittlungs-

### Weiterführende Literatur

Lam Peng Er, *Japan's Peace-building Diplomacy in Asia*, (Abingdon/New York: Routledge, 2009).

Kristian Herbolzheimer/ Emma Leslie, «**Innovation in mediation support: The International Contact Group in Mindanao**», Conciliation Resources, 2013.

Karl Gustafsson / Linus Hagström / Ulv Hanssen «**Long live Pacifism! Narrative Power and Japan's Pacifist Model**», *Cambridge Review of International Affairs* (2019), 32:4, S. 502–520.

Miyoko Taniguchi, «**The Role of Adaptive Peacebuilding in Japan's Assistance of the Mindanao Peace Process in the Philippines**», in: Cedric de Coning/ Rui Saraiva/ Ako Muto (Hrsg.) *Adaptive Peacebuilding. Twenty-first Century Perspectives on War, Peace, and Human Conflict* (Cham: Palgrave Macmillan, 2023), S. 263–290.

oder Verhandlungsansätze indirekter und somit flexibler. Dies kann beim Engagement in Konflikten auf der ganzen Welt sowohl ein Vorteil als auch ein Nachteil sein. Mit einer stärkeren Affinität zur Harmonie sowie einer grösseren Betonung des Wertes von Demut kann ein entspannter Ansatz in bestimmten Situationen hilfreich sein. Das gilt auch, wenn man sich für bestimmte Rollen bei der Arbeit zur Vermittlungsunterstützung zusammenschliesst (z.B. bei einem Ansatz über inoffizielle Kanäle oder bei der Kontaktaufnahme mit ausländischen Partnern, die in Japan studiert haben).

Japan hat seinen eigenen Demokratiestil entwickelt. Die breite Gesellschaft nimmt diejenigen, die ihre Ansichten selbstbewusst zum Ausdruck bringen, als Störenfriede wahr. Zwar hält Japan an demokratischen Werten fest, doch das Land neigt dazu, Fragen der Regierungsführung oder Menschenrechtsthemen anderen Staaten gegenüber nicht offen anzusprechen, und scheut sich vor stärker politischer Vermittlungsarbeit. Das Land ist auch weniger bereit, Positionen zu Konflikten in der Welt einzunehmen. Japans offizielle Erklärung zur russischen Invasion in der Ukraine 2022 war zwar beispiellos, doch sie spiegelt auch die geografische Positionierung des Landes in diesem Fall wider.

Werte wie Demokratie und Menschenrechte sind in Japans Entwicklungszusammenarbeit implizit enthalten, werden je-



doch anderen Ländern nicht aufgezwungen. Beispielweise bevorzugt Japan bei der Finanzierung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit antragsbasierte Fälle, bei denen Japan darauf wartet, dass das Empfängerland um Unterstützung bittet, und oktroyiert dem jeweiligen Land nicht seine eigenen Werte und Ideen auf. Westliche Geberländer haben diesen Ansatz als zu passiv kritisiert, doch Tokio sieht das als Ermutigung zu Eigenständigkeit und lokaler Eigenverantwortung an. In seinem [Diplomatischen Blaubuch 2024](#) hebt das MoFA die Notwendigkeit hervor, den Menschen zuzuhören und sich bei diplomatischen Bemühungen davon leiten zu lassen. Bei der gemeinnützigen Arbeit in von Konflikten betroffenen Ländern agiert Japan vorsichtig bei der Anwendung von Begriffen wie «Demokratie», die selbstgerecht klingen können. Stattdessen gestaltet das Land Prozesse mit, bei denen es um diese Werte geht, z. B. Schulbauprojekte, und bei denen Entscheidungen gemeinschaftlich getroffen werden. Statt «Menschenrechte» verwenden die japanische Entwicklungszusammenarbeit einen Begriff, der sich auf das Primat des Lebens bezieht oder auf Konzepte aus dem Koran oder dem Hadith zurückgreift, je nachdem, was auf die jeweilige Gemeinschaft zutrifft.

### UN-Verbindungen

Japan ist seit jeher ein treuer Unterstützer der UNO: Das Land leistet einen finanziellen und personellen Beitrag und nutzt ihre multilateralen Mechanismen, um Frieden zu schaffen. 2023 war es der [grösste Geldgeber](#) für das UN-Entwicklungsprogramm. Japanische Experten wie Ogata Sadako (die als UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge amtierte, ehe sie Leiterin des JICA wurde) haben bedeutende Karrieren bei der UNO gemacht und dieser zu Visibilität in der japanischen *Classe politique* verholfen. Dadurch hat sie diesen Zugang zur Unterstützung von Friedensprozessen verschafft, u. a. in Mindanao. Da der Ruf der UNO aufgrund der eingeschränkten Handlungsfreiheit des Sicherheitsrats immer stärker geschädigt wird und Japans Wirtschaft schrumpft, kann sich dieser Fokus in Zukunft möglicherweise verschieben. Dennoch sind die UN-Grundsätze innerhalb der japanischen Gesellschaft stark verwurzelt. Die nachhaltigen Ent-

wicklungsziele sind dort verankert und werden sogar als Business-Tool verwendet, um Produkte in Japan zu vermarkten.

### Chancen und Herausforderungen

Auf offizieller Ebene auf Ersuchen von fremden Regierungen zu arbeiten, kann von Vorteil sein, wenn man ein Friedensmandat hat. Eine Herausforderung für Japan besteht in der fehlenden Erfahrung auf dem Gebiet des NGO-Sektors, wenn es darum geht, weitere Teile der Gesellschaft in von Konflikten betroffenen Gesellschaften zu erreichen oder Stimmen von Minderheiten in regierungszentrierten Ländern Gehör zu verschaffen. Japans Einbettung in die UNO und die Tatsache, dass seine Mitarbeitenden Erfahrungen in der Friedensförderung eher durch das UN-System als durch eigene diplomatische Strukturen sammeln, kann für seine eigenen Friedensaktivitäten sowohl hilfreich als auch hinderlich sein – das hängt von Japans Interessen ab und davon, wie die Institution künftig wahrgenommen wird.

Während geopolitische Ränkespiele in Konflikten immer bedeutender werden, ist die Wahrnehmung von Unparteilichkeit und einer ehrlichen Absicht, bei der Konfliktlösung einen konstruktiven und altruistischen Beitrag zu leisten, für diejenigen, die sich für die Friedensarbeit engagieren, entscheidend. Viele Länder glauben, dass Japan im Vergleich zu Grossbritannien, Frankreich oder den USA in geringerem Masse eine politische Agenda verfolgt. Dieser Aspekt wird immer nützlicher für das Land in Bezug auf seine Unparteilichkeit bei Vermittlungsaktivitäten. Getrübt wird dies jedoch manchmal von der Verbindung zu einer US-Verteidigungsallianz. Japan hat sich in Regionen wie Mindanao eine positive Reputation erarbeitet und hat als asiatisches Land Vorteile in gewissen Weltregionen. Das hängt jedoch stark vom Kontext ab, da Korea und China noch immer fordern, dass Japan Verantwortung für seine Rolle während dem Zweiten Weltkrieg übernimmt.

Wenn der öffentliche und politische Wille besteht, sich stärker für die Friedensarbeit zu engagieren, zum Beispiel bei Aktivitäten, die Vermittlung unterstützen, könnte Tokio seine verfassungsrechtliche Ver-

pflichtung sowie seine Stellung in der Welt [nutzen](#). Jeder Staat, der sich für Friedensaktivitäten engagiert, hat eine einzigartige Stellung, aus der heraus er seine Dienste anbietet: China kann den Wert seiner grossen Infrastrukturprojekte nutzen und [Türkiye](#) seine humanitäre Hilfe. Japan kann vom Vertrauen und der Verlässlichkeit profitieren, die sich das Land durch seine Finanzierung öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit mit einem Fokus auf die Bedürfnisse der betroffenen Gemeinschaften erarbeitet hat.

### Einblicke aus Japan

Bei seiner langjährigen bilateralen Zusammenarbeit durch die JICA hat Japan immer stark darauf geachtet, die lokale Eigenverantwortung zu respektieren, einen partizipatorischen Ansatz gewählt und dabei den Kontext auf verschiedenen Ebenen (lokal, national und international) angewendet. Der Triple-Nexus-Ansatz, der in Abstimmung mit anderen Staaten und NGOs in Mindanao zur Anwendung kam, ist ein Beleg dafür. Demütig zuzuhören und Prozesse auf Grundlage der gesellschaftlichen Bedürfnisse mitzugestalten, anstatt selbstgerechte Werte zu projizieren, kann Chancen für die Friedensarbeit eröffnen. Staaten, die daran interessiert sind, sich an Friedensprozessen zu beteiligen, können von Japans Verpflichtung zu langfristiger Finanzierung lernen. Das steigert das Bild von Verlässlichkeit und führt zu nachhaltigeren Ergebnissen.

Für mehr zu Mediation und Friedensförderung, siehe [CSS Themenseite](#).

**Katrina Abatis** ist Senior Program Officer im Mediation Support Team am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Sie ist Autorin von [«Inviting the Elephant into the Room: Culturally Oriented Mediation and Peace Practice»](#).

Die Autorin möchte den Gesprächspartnern in Japan für ihre wertvollen Beiträge danken sowie dem [Mediation Support Project](#), einem Gemeinschaftsprojekt des CSS der ETH Zürich und swisspeace, das vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) finanziell unterstützt wird.

Die [CSS Analysen zur Sicherheitspolitik](#) werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeberin: Névine Schepers  
Lektorat: Lucas Renaud, Marion Hirschier  
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni, Rosa Guggenheim

Feedback und Kommentare: [css.info@sipo.gess.ethz.ch](mailto:css.info@sipo.gess.ethz.ch)  
Weitere Ausgaben und Abonnement: [www.css.ethz.ch/cssanalysen](http://www.css.ethz.ch/cssanalysen)

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

[Mediation als Staatsaufgabe in Türkiye](#) Nr. 346  
[Chip-Lieferkette: Aufspaltung und Lokalisierung](#) Nr. 345  
[Herausforderung Nachrüstung: Beispiel Schiesspulver](#) Nr. 344  
[Cybersicherheit im Weltraum verstehen](#) Nr. 343  
[Beziehungen Pjöngjangs zu Moskau und Peking](#) Nr. 342  
[Ein Vergleich aktueller kritischer Infrastrukturanalysen](#) Nr. 341

© 2024 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich  
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000692063